

Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)

Bonn – Orte der Demokratie

Der historische Stadtführer

- 4 Vorwort
- 6 Einleitung

- 14 Bundesrat
- 18 Die Länder und ihre Vertretungen
- 24 Bundeshaus (Tagungsort Deutscher Bundestag / Bundesrat)
- 28 Plenarsaal Deutscher Bundestag
- 32 Plenarsaal »Altes Wasserwerk«
- 36 »Langer Eugen« (Abgeordnetenhochhaus) / UN-Campus
- 40 Bürobauten Tulpenfeld (mit Bundespressekonferenz)
- 44 Dahlmannstraße (Pressebüros)
- 48 Bundeskanzleramt
- 52 Kanzlerbungalow
- 56 Ministerien
- 62 Palais Schaumburg (Amtssitz des Bundeskanzlers)
- 66 Villa Hammerschmidt (Amtssitz des Bundespräsidenten)
- 70 Museum Alexander Koenig (Parlamentarischer Rat)
- 74 Gästehaus Petersberg (Gästehaus der Bundesregierung)
- 78 Auswärtiges Amt
- 82 Botschaften
- 90 Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen
- 94 Hofgarten
- 98 Altes Rathaus
- 102 Erich-Ollenhauer-Haus (Parteizentrale der SPD)
- 106 Konrad-Adenauer-Haus (Bundesgeschäftsstelle der CDU)
- 110 Thomas-Dehler-Haus (Parteizentrale der FDP)
- 112 Bundesgeschäftsstelle der Grünen
- 114 Bundesministerium für Wirtschaft
- 118 Historische Orte

- 126 Von Bonn nach Berlin (Reden)
- 128 Weiterführende Literatur (Auswahl)
- 129 Internetseiten / Abbildungsnachweis
- 131 Autoren / Gruppenbesuche

Bonn – Orte der Demokratie

Hans Walter Hütter / Thomas Krüger

Wenn sich das Selbstverständnis eines Staates auch in seinen Parlaments- und Regierungsbauten spiegelt, dann zeichnete sich die Bundesrepublik Deutschland nach 1949 durch Bescheidenheit aus: In Bonn stand die Nutzung vorhandener Gebäude im Vordergrund, moderne Funktionalität überwog gegenüber Repräsentation. Transparenz und Kommunikation waren die Leitgedanken. Dieses »Understatement« hatte hohe symbolische Bedeutung. Zum einen verdeutlichte es das Bekenntnis der Bundesrepublik zum demokratischen Neubeginn und zum Bruch mit dem Pathos des nationalsozialistischen Bauprogramms, wobei es auch eine Antithese zu den repräsentativen Neubauten des SED-Regimes in Ost-Berlin darstellte. Zum anderen unterstrich es den ausdrücklich provisorischen Charakter der neuen Hauptstadt – Bonn sollte als Zwischenlösung »für eine Übergangszeit«, wie es in der ehemaligen Präambel des Grundgesetzes formuliert war, erkennbar bleiben. Nur wenige Regierungs- und Verwaltungsgebäude wurden deshalb bis Ende der 1960er Jahre neu gebaut, und Neubauten blieben auch in den 1970er und 1980er Jahren umstritten, als aus pragmatischen Gründen der gezielte Ausbau der Bundeshauptstadt Bonn begann. Viele dieser vermeintlich provisorischen Gebäude haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu Symbolbauten des bundesdeutschen Staatswesens entwickelt, das an positive Traditionslinien der deutschen Geschichte anknüpft. Eine Auswahl dieser »Orte der Demokratie«, vor allem im ehemaligen Regierungsviertel, stellt dieses Buch vor. Sie entspricht dem »Weg der Demokratie«, einem erläuterten Rundgang, der diese Bauten seit 2004 interessierten Besuchern erschließt.

An diesen Orten wurden entscheidende Weichen für den Aufbau unseres Landes gestellt, hier wurde das Leben in dieser Demokratie gestaltet. Was mit dem Festakt zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates 1948 im Museum Alexander Koenig begann, erlebte 1991 mit dem Bundestagsbeschluss zum Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin im Plenarsaal »Altes Wasserwerk« einen Einschnitt.

Der darauffolgende Strukturwandel in Bonn, der bislang erfolgreich verläuft, wirkte sich auch fundamental auf die »Orte der Demokratie« aus. Viele dieser Orte erinnern bis heute daran, dass – anders als vielfach behauptet – auch ein »Lernen aus der Geschichte« möglich ist. Dies zeigen etwa die Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz: Ab September 1948 tagte der Parlamentarische Rat in den Räumen der Pädagogischen Akademie. Sie wurde ab dem Frühjahr 1949 zum Bundeshaus umgebaut. Die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur wie auch das Scheitern der Weimarer Republik standen den Verfassungsmüttern und -vätern klar vor Augen. Dass die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten als unmittelbar geltendes und einklagbares Recht gegen alle Einschränkungen geschützt werden müssen, war die wichtigste Lehre, die der Parlamentarische Rat aus der deutschen Geschichte gezogen hatte.

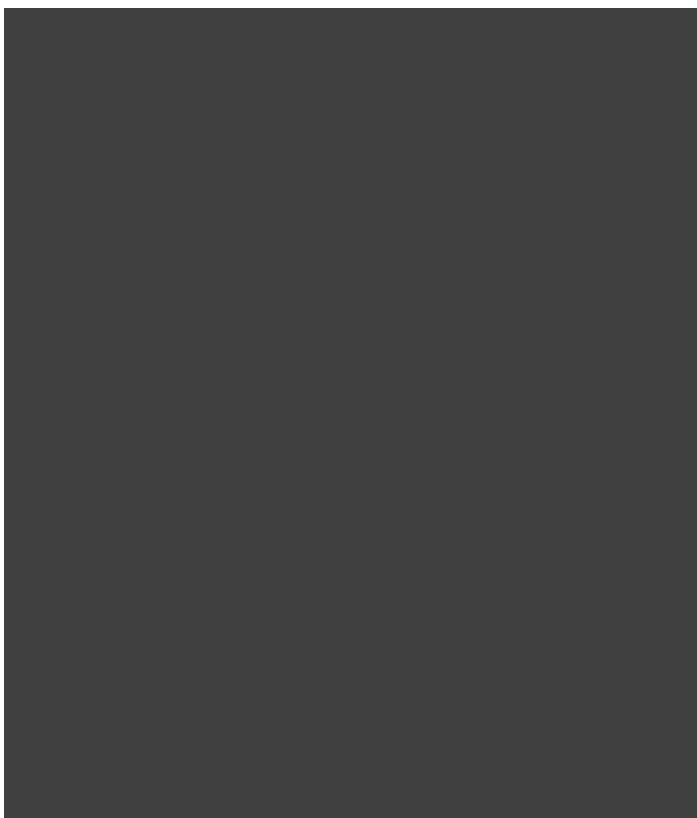
Mit dem Grundgesetz wurde die stabilste Verfassung geschaffen, die Deutschland je hatte. Ausdrücklich sollte sie Freiheit garantieren und zugleich den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit ausdrücken. Die Entstehung des Grundgesetzes ist somit ein fundamentaler Bestandteil der Demokratiegeschichte, die in Bonn geschrieben wurde.

Eine immerwährende Aufgabe wird es sein, diese demokratischen Grundsätze zu vermitteln. Aus der Geschichte

Erfahrungen für die Gegenwart zu ziehen, ist eine wichtige Grundlage politischer Bildung in Deutschland. Unabdingbar gehören zu dieser »großen Geschichte« auch die kleinen Geschichten, die Anekdoten und Hintergründe, die das politische Geschehen mit Leben füllen. Wissen Sie, woher der »Lange Eugen« seinen Namen hat, welcher Baum im Park des Palais Schaumburg an Konrad Adenauer erinnert oder wo der Deutsche Bundestag tagte, als die Mauer fiel? Der Band »Bonn – Orte der Demokratie« ermöglicht auch einen Blick hinter die Kulissen. Er erinnert zudem an die spezifische politische Kommunikationskultur, die im Vergleich zu jener in der Metropole Berlin heute vielfach als »typisch für Bonn« gilt. Der Austausch

war unmittelbarer, meist geprägt von einer selbstverständlichen Diskretion. Für die ebenso eindringliche wie anschauliche Darstellung dieses weitgespannten Panoramas Bonner Politik- und Zeitgeschichte danken wir den Autoren des Buches, Matthias Hanne mann und Dietmar Preißler. Andreas Wirsching zeichnet in seinem Beitrag die »Wege der Demokratie« in Bonn eindrucksvoll nach – dafür gleichfalls unser herzlicher Dank!

Wenn es uns mit diesem Buch gelingt, die Funktion und Bedeutung der vielfältigen »Orte der Demokratie« in Bonn für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln, haben wir ein wichtiges Ziel erreicht. Wir wünschen viel Vergnügen bei dieser facettenreichen und spannenden Lektüre!



Blick auf das ehemalige Regierungsviertel in Bonn: im Vordergrund das Palais Schaumburg, dahinter das Bundeskanzleramt und das Bundespresseamt. Im Hintergrund links der Deutsche Bundestag und der »Lange Eugen«, 1981.

Wege der Demokratie

Andreas Wirsching

Wie die Bundesrepublik im Allgemeinen so verstand sich auch ihre Hauptstadt Bonn zunächst als Provisorium. Wenn Carlo Schmid das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat als »Notbau« bezeichnete, so ließ sich dieser Begriff auch wörtlich auf die Funktionen Bonns als Bundeshauptstadt beziehen. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte wurde eine Provinzstadt plötzlich stärker mit einer neuen Rolle

rische Rat zur Eröffnung im Rahmen eines Festaktes traf. Dieses Gremium, das sich aus Abgeordneten, die von den Landtagen gewählt worden waren, zusammensetzte, hätte, wenn es nach dem Willen der Westalliierten gegangen wäre, eine klassische verfassunggebende Nationalversammlung sein sollen. Aber ein solch ehrwürdiger Begriff hätte dem Gremium, das ja nur die westlichen Besatzungszonen repräsentierte, einen Schein der Endgültigkeit verliehen. Und ebendies wollten die Deutschen mit Blick auf die sich ab-



Weg der Demokratie in Bonn: Tafel vor dem Plenarsaal des Deutschen Bundestages, dem heutigen World Conference Center Bonn.

überrascht als das Bonn der Nachkriegszeit. Und niemand hätte damals wohl zu prophezeien gewagt, dass in dieser Stadt langfristig Wege zur beständigen Demokratie der deutschen Geschichte geebnet werden würden: Wege der Demokratie, deren Orte auch heute noch klar erkennbar sind.

Der Ausgangspunkt dieser Wege befand sich im Museum Koenig, einem notdürftig umgewandelten naturgeschichtlichen Museum, in dem sich am 1. September 1948 der Parlama-

zeichnende deutsche Teilung vermeiden. Aus demselben Grund hieß auch das Dokument, das der Parlamentarische Rat nach fast neunmonatigen Verhandlungen verabschiedete, nicht »Verfassung«, sondern schlicht »Grundgesetz« – eine bewusst vorläufig klingende Bezeichnung für das neue Organisationsstatut. Das Grundgesetz erhielt auch nicht die Weihe der Legitimation durch Volksabstimmung, sondern die Landtage der westdeutschen Einzelstaaten – mit Ausnahme Bayerns – ratifizierten es.

Wie wohl kaum jemals eine andere politische Versammlung versuchte der Parlamentarische Rat, aus der Geschichte zu lernen, konkret aus dem Untergang der Weimarer Republik. Dazu gehörte vor allem, dass die demokratisch legitimierte Macht des neuen Staatswesens strikt im Parlament, das heißt in dem durch allgemeine direkte Wahlen konstituierten Bundestag, konzentriert sein sollte. Folgerichtig verläuft der Weg der Demokratie vom Museum Koenig, in dem Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein-West-

kennzeichnend für den demokratischen Neuanfang der Bundesrepublik: Zum einen handelte es sich um ein schlichtes Gebäude, das mit der hybriden Prachtentfaltung vergangener Jahre brach, zum anderen repräsentierte es den Stil der Neuen Sachlichkeit, den die Nationalsozialisten verachteten. Im doppelten Sinne stand das Gebäude daher für einen Neuanfang. Entscheidend aber war, dass mit der starken Stellung des Bundestages eine strikt repräsentative Demokratie auf den Weg gebracht wurde. Der Bundes-



Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 in der Pädagogischen Akademie.

falen, die Rede zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates hielt und Konrad Adenauer im Herbst 1949 noch als Bundeskanzler residierte, nach Südosten zum Bundeshaus, einem Gebäude, das einstmals eine Pädagogische Akademie beherbergte. In dem 1949 umgebauten und um einen Plenarsaal erweiterten Komplex fand 1948/49 zunächst der Parlamentarische Rat, dann aber der Deutsche Bundestag selbst für mehrere Jahrzehnte seinen Versammlungsort. In zweierlei Hinsicht war dieser Ort

tag ist auf Bundesebene das einzige direkt demokratisch legitimierte Verfassungsorgan. Damit unterscheidet sich das Grundgesetz grundlegend von der Weimarer Reichsverfassung, welche die plebiszitären Elemente wie Volksbegehren und Volksentscheid ebenso kannte wie die Direktwahl des mit starken Kompetenzen ausgestatteten Reichspräsidenten. Ferner ist es dem Bundestag vorbehalten, den Bundeskanzler zu wählen und zu stürzen, Letzteres allerdings nur durch das konstruktive Miss-

trauensvotum. Damit wollten die Väter und Mütter des Grundgesetzes sicherstellen, dass sich der Bundestag nicht seiner parlamentarischen Verantwortung entzieht. Anders gesagt: Der Bundestag bleibt verpflichtet, zu einer konstruktiven parlamentarischen Regierungslösung zu gelangen. Gelingt ihm die Wahl eines mehrheitsfähigen Bundeskanzlers nicht, droht die Auflösung durch den Bundespräsidenten.

Allerdings ist die Bundesrepublik Deutschland wie auch das Kaiserreich und die Weimarer Republik ein föderal

er ist an der Gesetzgebung all jener Themen beteiligt, welche die Angelegenheiten der Länder betreffen. Dazu gehören fast alle Belange der Haushaltsgesetzgebung sowie der inneren Verwaltung, wodurch dem Bundesrat eine zentrale (verfassungs-)politische Bedeutung zukommt.

Geht man von der ehemaligen Pädagogischen Akademie zurück in Richtung Museum Koenig, so trifft man auf zwei große repräsentative Villenkomplexe aus der Mitte des 19. Jahrhunderts: Sie wurden in besonderer Weise



Im November 1949 wird das Palais Schaumburg Amtssitz des deutschen Bundeskanzlers. Nach Konrad Adenauer amtieren hier bis 1976 die Bundeskanzler Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt.

strukturierter Staat. Nach 1945 gründeten sich ohnehin zunächst die Länder neu; und es war auf kommunaler und auf Landesebene, wo die ersten demokratischen Institutionen geschaffen wurden. In der neu gegründeten Bundesrepublik fanden die Länder ihr Vertretungsorgan im Bundesrat, der in direkter Nachbarschaft des Bundestages im selben Gebäude tagte. Der Bundesrat, der aus Delegierten der Länder besteht, hat in der Bundesrepublik ein erhebliches Mitspracherecht;

zur Visitenkarte der Hauptstadt Bonn, denn sie dienten der Staats- und Regierungsspitze als Residenzen. So stellte das Palais Schaumburg eine adäquate Mischung aus Repräsentativität und Neuanfang dar, um zum Sitz des Bundeskanzlers zu werden. Hier fanden, zunächst unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, die Kabinettsitzungen statt; hier wurden ausländische Staatsgäste empfangen. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich die Villa Hammerschmidt – vielleicht das

schönste Haus Bonns –, die zur Residenz des Bundespräsidenten auserkoren wurde. Erneut aus der Geschichte lernend, wollte es der Parlamentarische Rat, dass dem Bundespräsidenten – anders als dem Reichspräsidenten der Weimarer Republik – hauptsächlich repräsentative Funktionen zukommen. Indirekt durch die Bundesversammlung gewählt, die alle fünf Jahre tagt, fungiert der Bundespräsident als Staatsoberhaupt. Er vertritt die Bundesrepublik völkerrechtlich nach außen, im Innern fertigt er die Gesetze aus;

der Abstand nahm. Umgekehrt ist das Amt des Bundespräsidenten seit seinem ersten Amtsinhaber Heuss mit hohem symbolischen Prestige wie auch mit hohen Erwartungen verbunden. Entsprechend bedeutsam ist das öffentliche Auftreten des Bundespräsidenten, sei es in Form von Reden und Ansprachen, sei es in Form symbolischer Staatsauftritte. Mit seiner bescheidenen, aber funktionsfähigen Infrastruktur nahm Bonn die Arbeit als provisorische Hauptstadt in einem ebenso provisorischen Staat auf.



Seit 1950 dient die Villa Hammerschmidt dem Bundespräsidenten als Bonner Amtssitz. Erster Hausherr ist Theodor Heuss, dem Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel und Karl Carstens folgen. Richard von Weizsäcker verlegt 1994 den ersten Amtssitz nach Berlin ins Schloss Bellevue.

er ernennt den Bundeskanzler und auf dessen Vorschlag die Bundesminister. Überlegungen, das Amt des Bundespräsidenten extensiver auszulegen und ihm insbesondere im Bereich der Außenpolitik verstärkte Geltung zu verschaffen, gab es 1958, als Konrad Adenauer als Nachfolger des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, im Gespräch war. Allerdings musste Adenauer selbst erkennen, dass dieses Amt kaum politischen Bewegungsspielraum zuließ, so dass er von seiner Kandidatur wie-

Dass die Stadt am Rhein eine Art Stathalterschaft für die verhinderte Metropole Berlin übernommen hatte, war in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik nicht strittig. Dementsprechend zurückhaltend verlief die hauptstädtische Bautätigkeit. Bestehende Gebäude wie Kasernen wurden als Ministerien eingerichtet. Mitte der 1950er Jahre wurden lediglich für das Postministerium und für das Auswärtige Amt bewusst nüchtern gehaltene Bauten errichtet. Bis Ende der 1960er Jahre

beschränkte sich die Bautätigkeit im Wesentlichen auf das Errichten von schmucklosen Funktionsgebäuden im »Tulpenfeld«, die zudem lediglich angemietet wurden, und auf das Abgeordnetenhochhaus »Langer Eugen«, in dem die Parlamentarier dringend benötigte Büroräume erhielten. Darüber hinaus aber blieb das Thema Neubauten für die Bundesregierung in Bonn lange Zeit ein Tabu, denn jede langfristige Planung einer Hauptstadtarchitektur hätte den Anspruch Berlins, die legitime und künftige Hauptstadt eines Gesamtdeutsch-

Ehmke in improvisierter, wenig transparenter, ja fast verschämter Weise. Auf die Dauer war eine solche Politik freilich ebenso realitätsfremd wie das Beharren auf anderen deutschlandpolitischen Maximalforderungen. In städtebaulicher und architektonischer Hinsicht stellte sich die Frage des politischen Dauerdilemmas: Welche Neubauten wollten und sollten Parlament und Regierung legitimerweise in einer Hauptstadt errichten, die zwar als Provisorium galt, praktisch aber über ein Mindestmaß an Funktionsfähigkeit verfügen musste?



Karikatur von Jupp Wolter zur Hauptstadtfrage Bonn oder Berlin 1991: »Du fiese, treulose Möpp! Dat kommt dich noch einmal teuer zu stehen!« Am rechten Bildrand ergänzt der Karikaturist handschriftlich »(falls Berlin)«.

lands zu sein, in Frage gestellt. So sah sich der Deutsche Bundestag 1956 sogar veranlasst, den Neubau von Bonner Bundesbauten zu verbieten, um Berlin in seiner mutmaßlichen Hauptstadtrolle nicht zu gefährden. Aus dem gleichen Grund wurden Bauprojekte nicht durchgeführt oder zumindest geheimgehalten. Selbst die Planung und Errichtung des neuen Bundeskanzleramtes, das ab 1973 in unmittelbarer Nähe zum Palais Schaumburg errichtet wurde, erfolgte unter Kanzleramtsminister Horst

Die Antwort vollzog sich in ebenso pragmatischer wie prosaischer Form: Tatsächlich wurde zwischen 1949 und den 1980er Jahren in Bonn so viel gebaut wie nie zuvor in der Geschichte der Stadt. Beschäftigte der Bund 1952 als direkter Arbeitgeber nur 9200 Personen in Bonn, so waren es 1989 bereits 50 000 – und darin waren die vielen Einrichtungen noch gar nicht enthalten, die indirekt mit der Funktion der Stadt als bundesrepublikanische Kapitale zu tun hatten. An über 200 Einzelstandorten

und auf einer Gesamtfläche von mehr als 40 Hektar verteilten sich die Bundeseinrichtungen auf die ganze Stadt. Bis Mitte der 1980er Jahre wirkte Bonn daher auch auf ausländische Beobachter als Regierungssitz, der auf Dauer eingerichtet war. Es würden sich nicht mehr viele Bürger finden, die Bonn noch mit der Vorstellung eines »Wartesaals für Berlin« verbänden, schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* 1985. »In den vier Jahrzehnten seiner bewegten Hauptstadtgeschichte ist das ursprüngliche Provisorium zu einer Realität geworden, die

rundum erneuerten Hauptstadtdachitektur stehen sollte. Das wichtigste und lange Zeit umstrittene Problem lag dabei darin, wie der Plenarsaal des Deutschen Bundestages umgestaltet werden sollte. Zwar bestritt bis Mitte der 1980er Jahre niemand mehr, dass eine umfassende Modernisierung für die Bedürfnisse eines modernen Parlamentes zwingend war. Erforderte dies aber einen völligen Neubau oder war es nicht angemessener, das Bundeshaus adäquat umzugestalten und den Kern des inzwischen selbst historisch gewor-



Der Karikaturist Walter Hanel zeichnet nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1991 zugunsten des Regierungssitzes in Berlin die »Reste der prähistorischen Hauptstadt Bonn«.

ihre eigene, unverwechselbare Tradition und damit entsprechende geschichtliche Legitimität entwickelte.« Entsprechend veränderte sich die Grundhaltung sowohl der maßgeblichen Bundeseinrichtungen wie Bundesregierung und Bundestag als auch der Bonner Kommunalverwaltung. Beginnend mit den ministeriellen Neubauten im nördlichen Bad Godesberg setzte nun eine Phase intensiver Planung ein, an deren Ende das für Bonner Verhältnisse weit ausgreifende Konzept einer

denen Plenarsaales beizubehalten? An solchen und ähnlichen Fragen entzündete sich eine langwierige Diskussion und phasenweise auch heftiger Streit. Nicht wenige Abgeordnete vertraten die Auffassung, die Bundesrepublik mit ihrer Hauptstadt Bonn müsse ihren Wurzeln treu bleiben und dürfe die historische Erinnerung an die bescheidenen Anfänge im Bundeshaus nicht dem Überschwang moderner Architektur übergeben. War der Plenarsaal nicht geradezu zum »(Fernseh-)Symbol« der

Bundesrepublik avanciert, zum »heiligen Ort dieser Bundesrepublik«, wie es der Landeskonservator Udo Mainzer formulierte?

Nach einer langen, phasenweise quälenden öffentlichen Debatte entschied sich das Plenum des Deutschen Bundestages schließlich am 5. Juni 1987 für den Neubau des Plenargebäudes an alter Stelle. Den Ausschlag gaben die bautechnischen Argumente, während sich die Parlamentarier zugleich über die Symbolik der Entscheidung bewusst waren. Noch lieber als

»daß wir hier in Bonn auch baulich so ausgestattet sind, wie es für ein modernes Parlament erforderlich ist. Wir erstreben keine übertriebene Repräsentation. Wir wollen keine Prachtbauten am Rhein. [...] Wir wollen nichts anderes als eine funktionsfähige Arbeitsstätte für unser Parlament, die aber auch der Würde und dem Ansehen des Parlaments als des zentralen Organs unserer parlamentarischen Demokratie gerecht wird.«

Der Beschluss zum Neubau fügte den Bonner Orten der Demokratie eine wei-



Von Oktober 1992 bis Juli 1999 tagt der Deutsche Bundestag im neu errichteten Parlamentsgebäude.

den Neubau in Bonn, so leitete Bundestagspräsident Philipp Jenninger die Begründung des Antrages ein, hätte er es gesehen, »wenn unser deutsches Parlament wieder dort sein könnte, wo es seinen historisch begründeten Ort hat, nämlich im Herzen Deutschlands, in seiner alten Hauptstadt, mitten in Berlin, wo unser Reichstagsgebäude steht und darauf wartet, einstmals wieder eine Versammlung aller Deutschen aufnehmen zu können«. Zugleich aber trat Jenninger mit Nachdruck dafür ein,

tere Station hinzu: Während der neue Plenarsaal entstand, fungierte das umgebaute frühere Wasserwerk gleichsam als Provisorium im Provisorium. Zwischen 1986 und 1992 tagte hier der Deutsche Bundestag, und hier war es auch, wo die entscheidenden Weichen für die Zukunft eines geeinten Deutschlands gestellt wurden. Als daher der neue Plenarsaal am 30. Oktober 1992 feierlich eingeweiht und allgemein als herausragendes Beispiel einer gelungenen, »offenen« und demokratischen

Staatsarchitektur gefeiert wurde, hatten die geschichtlichen Ereignisse bereits neue Entscheidungen gefordert: Die Wiedervereinigung war vollzogen, und der Bundestag hatte bereits am 20. Juni 1991 den Umzug des Regierungssitzes nach Berlin beschlossen. Insofern verkörperte der neue Plenarsaal gleichsam das in Stein und Glas gebaute Schlussymbol der Geschichte Bonns als Hauptstadtprovisorium. 1999 wurde das Gebäude der Stadt Bonn übergeben, und der Saal fungiert heute als multifunktionales World Conference Center

und schlichten Umgebung entwickelt und verabschiedet wurde, gewährleistet Kontinuität. Einst ebnete es den (West-) Deutschen den Weg in die Demokratie, 1990 traten die ostdeutschen Länder seinem Geltungsbereich bei. Auch für das vereinte Deutschland wurde das Grundgesetz somit zur konstitutionellen Voraussetzung.

In seiner über 60-jährigen Geschichte ist das Grundgesetz insgesamt über 50 Mal geändert worden. Hieran lässt sich sowohl die dynamische politisch-gesellschaftliche Entwicklung der Bun-



Unterschriften unter dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949.

Bonn. Teile der Regierung und das Parlament zogen 1999 nach Berlin. Sie nahmen dort, im neuen Regierungsviertel, eine modern-repräsentative, geradezu klotzige Hauptstadtdenkmäler in Besitz, die in Bonn noch vollständig undenkbar gewesen wäre. Dass die Republik in Berlin etwas anderes darstellen möchte als in Bonn, kommt hierin symbolisch zum Ausdruck. Aber das »Bonner Grundgesetz«, das 1948/49 in einer so provisorischen

desrepublik wie auch die Flexibilität ihrer Verfassung ablesen. Tatsächlich handelt es sich längst nicht mehr um ein Provisorium; vielmehr ist das »Bonner Grundgesetz« zur vollgültigen »Berliner Verfassung« geworden. Es hat Spielregeln hervorgebracht und normiert, die offenkundig funktionieren und auch politische Umbrüche bewältigen. Es ist flexibel genug, um für den Wandel offen zu sein, und von genügend normativer Stärke, um diesen Wandel in der Stabilität zu gewährleisten.